

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 25. April 1991

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Adler, Brigitte (SPD)	28, 29	Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (FDP) . .	47, 48
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	15	Lowack, Ortwin (CDU/CSU)	10, 11
Bredenhorn, Günther (FDP)	32, 33	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	24, 25
Breuer, Paul (CDU/CSU)	41, 42	Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	13, 14
Bulmahn, Edelgard (SPD)	5, 6	Mehl, Ulrike (SPD)	30, 31
Caspers-Merk, Marion (SPD)	45, 46	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	49, 50
Erler, Gernot (SPD)	35, 36	Dr. Niese, Rolf (SPD)	16, 17
Gansel, Norbert (SPD)	7, 8	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	34
Harries, Klaus (CDU/CSU)	12	Peter, Horst (Kassel) (SPD)	39, 40
Heise, Manfred (CDU/CSU)	22	Schily, Otto (SPD)	9, 51
Dr. Hirsch, Burkhard (FDP)	1, 2	Schütz, Dietmar (SPD)	3, 4
Jäger, Claus (CDU/CSU)	18, 19	Stiegler, Ludwig (SPD)	20, 23
Kastner, Susanne (SPD)	43, 44	Toetemeyer, Hans-Günther (SPD)	26, 27
Kuhlwein, Eckart (SPD)	38	Wallow, Hans (SPD)	21, 37

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	12

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der nordrhein-westfälische Justizminister Krumsiek im Rechtsausschuß des nordrhein-westfälischen Landtages unter Berufung auf eine dienstliche Erklärung des zuständigen Staatsanwaltes erklärt hat, die Staatsanwaltschaft habe lediglich die Entnahme einer Blutprobe bei der Frau angeordnet, die am 19. Januar 1991 bei Gronau in die Bundesrepublik Deutschland eingereist und vom BGS schließlich wegen des Verdachts einer Straftat nach § 218 StGB in das St. Antonius Hospital in Gronau gebracht wurde, wo sie körperlich untersucht wurde?
2. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(FDP)

Liegt der Bundesregierung die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Münster über eine Zwangsuntersuchung der betreffenden Frau vor, und ist nach Auffassung der Bundesregierung der Innenausschuß des Deutschen Bundestages oder der Rechtsausschuß des Landtages Nordrhein-Westfalen falsch unterrichtet worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Frauen und Jugend

3. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt und wie bewertet sie es, daß es den zahlreichen Initiativen, die sich um Ferienaufenthalte für Kinder aus Tscher-nobyl und Umgebung bemühen, erhebliche Probleme bereitet, eine sachgerechte versicherungsrechtliche Absicherung (Unfall-, Haftpflicht- und Krankenversicherung) für den Transport, den Aufenthalt und die ärztliche Versorgung zu erreichen?
4. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD)

Wäre die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die auftretenden versicherungsrechtlichen Risiken für den Transport, den Aufenthalt und die ärztliche Versorgung etwa durch den Abschluß eines Pauschalvertrages mit einem Versicherungsunternehmen zu übernehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

5. Abgeordnete
**Edelgard
Bulmahn**
(SPD)
- Wie hoch waren die Ausgaben der ESA für Forschung und Entwicklung an Gesellschaften und Unternehmen der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Steuermindereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden infolge steuerlicher Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Entwicklung in der gewerblichen Wirtschaft in den Jahren 1989 und 1990?
6. Abgeordnete
**Edelgard
Bulmahn**
(SPD)
- Wie hoch waren die Zuwendungen und Ausgaben des Bundes zur Förderung ziviler Forschungsvorhaben bei der Daimler-Benz AG in den Jahren 1983 bis 1989 und dem Jahr 1989?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

7. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)
- Trifft es zu, daß der damalige DDR-Unterhändler Dr. Schalck-Golodkowski am 15. November 1989 im Bundeskanzleramt in Gegenwart von Bundesminister Seitzers mit dem damaligen DDR-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz telefoniert hat, und was war der Inhalt dieses Gespräches?
8. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)
- Wie hat Bundeskanzler Kohl von der beabsichtigten Öffnung des Brandenburger Tores erfahren, und welchen Inhalt hatten die Gespräche, die darüber mit der damaligen Führung der DDR stattgefunden haben?
9. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- Haben Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere Bundeskanzler Kohl und Kanzleramtsminister Seitzers, Ende des Jahres 1989 darauf hingewirkt, daß das Brandenburger Tor in Berlin mit fünfwöchiger Verspätung geöffnet wurde (vgl. Bericht in der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vom 18. April 1991, S. 6)?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

10. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(CDU/CSU)
- Erkennt die Bundesregierung an, daß Artikel 25 GG gebietet, die im „umfassenden Vertrag“ mit Polen zu treffenden Regelungen im Einklang mit dem Völkerrecht zu treffen, und daß demnach die durch die völkerrechtswidrige Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat offenstehenden deutschen Eigentumsrechte eines besonderen Schutzes bedürfen, zumal alle besatzungsrechtlichen Maßnahmen einschließlich des „Potsdamer Abkommen“ ihre Gültigkeit verloren haben?
11. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(CDU/CSU)
- Inwieweit hält die Bundesregierung den estnischen Protest gegen die Formulierung in Artikel 2 Abs. 1 des deutsch-sowjetischen Grundlagenvertrages, wonach „die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten“ sei, für gerechtfertigt, und widerspricht Artikel 2 Abs. 1 insoweit nicht sogar der von der Bundesregierung vertretenen Auffassung, daß der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 nichtig war?
12. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Treffen Mitteilungen der FAZ vom 17. April 1991 zu, wonach sich deutsche Kunstschatze seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in unbekannt großer Zahl in sowjetischen Archiven und Magazinen befinden sollen, und wenn ja, welche Versuche werden seitens der Bundesregierung unternommen, mit der Sowjetunion zu verhandeln und dieses Kulturgut nach Deutschland zurückzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

13. Abgeordneter
Dr. Dietrich Mahlo
(CDU/CSU)
- Sind Pressemitteilungen (FAZ vom 8. November 1990, Seite 35) zutreffend, daß die bedeutende Bibliothek des alten Reichstags den Reichstagsbrand von 1933 überlebt hat und noch 1947 in Berlin vorhanden war?
14. Abgeordneter
Dr. Dietrich Mahlo
(CDU/CSU)
- Wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag als dem Nachfolger des Deutschen Reichstags bei der Wiederinbesitznahme der Bibliothek behiflich zu sein, und welche Schritte wird sie dazu gegebenenfalls unternehmen?

15. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, Jugendgruppenreisen bzw. Schulklassenfahrten in die Hauptstadt Berlin bzw. in die neuen Bundesländer finanziell zu fördern, um das Kennenlernen zwischen jungen Deutschen aus beiden Teilen des Landes zu fördern im Sinne eines Beitrages zum Zusammenwachsen in Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

16. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Niese**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Höhe der steuerlichen Pauschbeträge für Behinderte seit über 15 Jahren unverändert geblieben ist, während die Lebenshaltungskosten in dem gleichen Zeitraum um ca. 40 % gestiegen sind?
17. Abgeordneter
**Dr. Rolf
Niese**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die steuerlichen Pauschbeträge für Behinderte zu erhöhen, und welche anderen Förderungsinstrumente wären möglich, die besondere soziale Situation von Behinderten durch steuerliche Entlastungen zu berücksichtigen?
18. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)
- Wie hoch ungefähr ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Anteil der nach § 37 EStG vorauszahlungspflichtigen Einkommensteuerzahler, für die seitens der Finanzämter der neuen Bundesländer Vorauszahlungsbescheide zum 10. März 1991 ergangen sind, und welcher Prozentsatz der übrigen Einkommensteuerzahler hat die nach dem Einigungsvertrag bis zum Ergehen von Vorauszahlungsbescheiden vorgeschriebenen Abschlagszahlungen auf die Einkommensteuer für das 1. Quartal 1991 entrichtet?
19. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung in den neuen Bundesländern ungefähr der Prozentsatz der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmer, die für die ersten beiden Monate des Jahres 1991 Umsatzsteuervoranmeldungen nach § 18 UStG abgegeben haben?
20. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige Personalsituation der Zollverwaltung an den in Bayern gelegenen Grenzübergängen zur Tschechoslowakei, und was wird sie unternehmen, um eine Entlastung der Beschäftigten durch zusätzliche Planstellen zu erreichen?

21. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Angaben des schuldenpolitischen Netzwerkes „Eurodad“ bestätigen, dem zufolge bundesdeutsche Banken im vergangenen Jahr Steuerersparnisse in Höhe von 14 Mrd. DM gehabt haben, in dem sie die Steuerschuld mindernde Wertberichtigungen auf Forderungen an verschuldete Drittweltländer (ohne tatsächlichen Schuldenerlaß) in ihren Büchern getätigt haben, oder welche abweichenden Summen sind der Bundesregierung gegebenenfalls bekannt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

22. Abgeordneter
Manfred Heise
(CDU/CSU)
- Ist nach der weitgehenden Vergabe an eine Neuauflage des Bund/Länder-Programms zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur aus der sogenannten Zonenrandförderung gedacht, die ja nunmehr der Entwicklung in den neuen Bundesländern zusteht, um daraus insbesondere den Gemeinden im ehemaligen 500 m-Schutzstreifen oder auch der 5 km-Sperrzone vorrangig zu helfen?
23. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Welche Schwerpunkttorte (B und C) hat der Freistaat Bayern zum neuen Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe angemeldet, und wie ist der derzeitige Stand der Verhandlungen mit der EG-Kommission für die Genehmigung des im Januar verabschiedeten Rahmenplans?
24. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Welche Schwerpunktbereiche hat die Bundesregierung in ihren Vorschlägen an die EG-Kommission für die Verwendung der Strukturfondsmittel für Mecklenburg-Vorpommern benannt?
25. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Mit welchem Anteil und welchen Einzelvorschlägen ist die Region Rostock an den Mitteln beteiligt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

26. Abgeordneter
Hans-Günther Toetemeyer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit der durch die Republik Namibia am 10. Juli 1990 festgelegten 200 Meilen-Zone vor ihrer Küste über 50 spanische Fischerboote illegal in dieser Zone

45 000 Tonnen mit einem Wert von ca. 120 Mio. DM gefischt haben, und in welcher Weise hat sie bei der Europäischen Kommission wegen dieser flagranten Verletzung des Völkerrechts durch ein Mitglied der EG interveniert?

27. Abgeordneter
**Hans-Günther
Toetemeyer**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Haltung der Kommission, nach der Aufbringung von fünf spanischen Schiffen durch die namibische Küstenwache und der am 10. April 1991 durch das zuständige Gericht Namibias erfolgten Verurteilung der betroffenen spanischen Kapitäne, die begonnenen Verhandlungen für ein Fischereiabkommen zwischen der EG und Namibia unter Hinweis auf diesen Gerichtsbeschluß abzubauen, und hält sie es für besonders sinnvoll, ausgerechnet jetzt als offiziellen Vertreter der EG in Namibia einen Spanier zu benennen?

28. Abgeordnete
**Brigitte
Adler**
(SPD)

Welchen Wert haben die im Entwurf der Düngemittel-Anwendungsverordnung vorgesehenen Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten für Landwirte, wenn nicht gleichzeitig eine regelmäßige behördliche Überwachung stattfindet?

29. Abgeordnete
**Brigitte
Adler**
(SPD)

Warum sieht die Bundesregierung, daß der in der Düngemittel-Anwendungsverordnung vorgeschriebene Einsatz von rein technisch einwandfreien Geräten eine geeignete Regelung darstellen würde, um bei der Ausbringung von Gülle eine Minimierung der Stickstoff-Ausbringungsverluste zu erreichen, ohne konkrete Mindestnormen bezüglich einer umweltverträglichen Ausbringungstechnologie zu fordern bzw. die nach gegenwärtigem Stand der Technik umweltschonendste Ausbringungstechnologie vorzuschreiben, und sind nicht insbesondere in Regionen mit Schwerpunkt in der tierischen Veredelung über die Anwendungsverordnung hinausgehende Maßnahmen bei der Ausbringung und Lagerung der Gülle sowie Viehbestandsobergrenzen in Abhängigkeit von Standorteigenschaften notwendig?

30. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)

Warum will die Bundesregierung in der Düngemittel-Anwendungsverordnung zulassen, daß Stickstoffgehalte im Boden auf der Basis von Schätzwerten und Kalkulationsverfahren sowie der Übernahme von regional erfaßten Faustzahlen (amtl. Beratung) ermittelt werden, obwohl diese Methoden eine bekannte hohe Fehlerwahrscheinlichkeit aufweisen, und sind Bodenuntersuchungen nicht grundsätzlich zu fordern bzw. Schätzungen nur in Ausnahmefällen zu gestatten?

31. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)

Warum werden in der Düngemittel-Anwendungsverordnung bei der Festlegung des Düngedarfs landwirtschaftliche Ertrags- und Qualitätsaspekte explizit genannt, während Umwelt-

schutzaspekte wie etwa schon vorhandene Nitratbelastungen des Grundwassers keine Berücksichtigung finden, und müssen Standorteigenschaften nicht dahin gehend konkretisiert und quantifiziert werden, eindeutige Orientierungswerte für die Landwirte zu schaffen, die die Interessen von Landwirtschaft und Umweltschutz gleichermaßen vertreten?

32. Abgeordneter
**Günther
Bredehorn**
(FDP)

Wie hoch war die Anzahl importierter Kälber aus Drittländern im Jahr 1990 und bis zum 31. März 1991?

33. Abgeordneter
**Günther
Bredehorn**
(FDP)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den auch durch die hohen Kälberimporte aus Drittländern bedingten weiteren Zusammenbruch der Schlachtrinderpreise zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

34. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(FDP)

Wie erklärt sich die Bundesregierung die Tatsache, daß sich nach einem Bericht der Bundesanstalt für Arbeit die Summe der im Jahre 1990 wegen unrechtmäßigen Bezuges von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Kindergeld bundesweit verhängten Geldbußen und Verwarnungsgelder auf lediglich 11,2 Mio. DM beläuft, obwohl im gleichen Zeitraum die Zahl der entsprechenden Verfahren auf rund 274 000 gestiegen und dabei ein Schaden von 164 Mio. DM aufgedeckt worden ist?

35. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Wie viele Mittel hat die Bundesregierung im Haushalt 1991 in den Einzelplänen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit insgesamt zugunsten von Personal- und Sachkosten für das Programm „Aufbau und Reform ausländischer Arbeitsverwaltungen“ der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehen?

36. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Welche ost- und südosteuropäischen Länder sollen in welchem Umfang und Anteil durch das Programm „Aufbau und Reform ausländischer Arbeitsverwaltungen“ unterstützt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

37. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Eberhard Diepgen (in der Illustrierten „Bunte“, Nr. 12 vom 14. März 1991), „künftig Bundeswehrparaden“ in der Bundeshauptstadt Berlin abzuhalten?
38. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Trifft es zu, daß seit kurzem auch die Gebiete an der früheren innerdeutschen Grenze für militärische Tiefflugübungen freigegeben sind, und wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Bevölkerung in dieser Region über das Ausmaß der zu erwartenden Belästigung umfassend zu informieren?
39. Abgeordneter
Horst Peter (Kassel)
(SPD)
- Inwieweit entsprechen die Auffassungen der Bundeswehr, daß mit dem Bild „Guernika“ von P. Picasso Feindbilder erzeugt werden und dieses deshalb für eine Werbeanzeige der Bundeswehr zu gebrauchen, den Auffassungen der Bundesregierung?
40. Abgeordneter
Horst Peter (Kassel)
(SPD)
- Ist der Bundesminister der Verteidigung entsprechend der Aufforderung von G. Grass zu einer Geste der Entschuldigung gegenüber den Menschen von Guernika bereit?
41. Abgeordneter
Paul Breuer
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang sind die Befestigungsanlagen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze abgebaut, und nach welchen Kriterien wird hierbei vorgegangen?
42. Abgeordneter
Paul Breuer
(CDU/CSU)
- Durch welche Institutionen bzw. durch welchen Personenkreis ist der Abbau bisher erfolgt, und ist dafür ggf. auch ein Einsatz der Bundeswehr vorstellbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

43. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung der EG-Kommission bis Ende 1991 die erforderlichen Angaben über von den Gesundheitsbehörden genehmigte Grenzwertüberschreitungen der Trinkwasserverordnung und vorgesehene Sanierungspläne in den neuen Bundesländern machen, wenn bis heute nur in einzelnen Fällen die Analyse der

- Belastung des Trinkwassers durch den Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit finanziert wurde, und bis wann können alle Wasserversorgungsanlagen in den neuen Ländern in bezug auf gesundheitlich bedenkliche Grenzwertüberschreitungen kontrolliert werden?
44. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Welche Angaben liegen der Bundesregierung über die Belastung des Trinkwassers in einzelnen Wasserwerken in den neuen Ländern mit Nitrat und mit Pflanzenschutzmitteln vor, und ist sie bereit, die ihr vorliegenden Ergebnisse über entsprechende Trinkwasseranalysen in bezug auf Nitrat und Pflanzenschutzmittel zu veröffentlichen und notwendige Maßnahmen zur Sanierung der entsprechenden Wasserversorgungsanlagen finanziell zu fördern?
45. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, Schulungsprogramme für das Personal von Wasserwerken, Gesundheitsbehörden und Wasserbehörden finanziell zu unterstützen, um den Vollzug der Trinkwasserverordnung in den neuen Bundesländern möglichst bald sicherzustellen, und welche Mittel sollten ggf. 1991 dafür zur Verfügung stehen?
46. Abgeordnete
Marion Caspers-Merk
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß in den neuen Bundesländern bei den Gesundheitsbehörden, Wasserbehörden und Wasserwerken die personellen Voraussetzungen und die notwendigen Analysegeräte vorhanden sind, um eine notwendige flächendeckende Kontrolle der Trinkwasser- und Rohwasserbelastung mit Schadstoffen durchzuführen, und welche Finanzierungshilfen aus dem Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ oder aus dem Treuhandvermögen sind für die Ausstattung der Behörden und Wasserwerke für diesen Zweck für 1991 vorgesehen?
47. Abgeordnete
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß – obwohl es im Bericht des Bundesministeriums für Gesundheit vom Januar 1991 heißt: „Die Immunschwächekrankheit AIDS stellt weiterhin ein in ihrer Bedrohlichkeit nicht zu unterschätzendes gesundheits- und sozialpolitisches Problem dar, das nur durch ausdauernde und langfristige Maßnahmen bewältigt werden kann“ – trotzdem die Haushaltsmittel für Ausgaben des Bundes im Zusammenhang mit der AIDS-Bekämpfung von 154,6 Mio. DM im Haushalt 1990 um ca. 14 Mio. DM auf 140,4 Mio. DM im Haushalt 1991 gekürzt werden sollen, davon insbesondere die für die AIDS-Beratung an staatlichen Gesundheitsämtern vorgesehenen Mittel um über 10 Mio. DM?

48. Abgeordnete
**Sabine
Leutheusser-
Schnarrenberger**
(FDP)
- Wie hat die Bundesregierung sichergestellt, daß bei diesem geringeren Haushaltsansatz auch in den neuen Bundesländern die dringend notwendige Aufklärung, Beratung und Betreuung im Zusammenhang mit AIDS erfolgen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

49. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer
(Ulm)**
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn vom Fahrplanwechsel am 2. Juni 1991 an die Zahl der Gepäckwagen in ihren Fernzügen von 307 auf 217, im Saisonbetrieb von 43 auf 24 Wagen verringern wird, und wie beurteilt die Bundesregierung diese besonders für die Fahrradmitnahme deutliche Angebotsverschlechterung?
50. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer
(Ulm)**
(SPD)
- Ab wann wird die vom Vorstand der Deutschen Bundesbahn beschlossene Neueinführung der Fahrradmitnahme in den InterRegio-Zügen in die Tat umgesetzt?
51. Abgeordneter
**Otto
Schily
(SPD)**
- Wieviel Alleebäume sind in den fünf neuen Bundesländern, seit die Bundesregierung die Verantwortung für Gesamtdeutschland trägt, gefällt worden, und wieviel Alleebäume werden nach Schätzung der Bundesregierung im Zuge des Ausbaus und der Instandsetzung von Straßen in den neuen fünf Bundesländern abgeholzt werden?

Bonn, den 19. April 1991